

## Der Einfluss von Lohnzurückhaltung auf die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland zwischen 1992 und 2008 – eine empirische Untersuchung – aktualisiert November 2010

In einer 2007 veröffentlichten Untersuchung<sup>1</sup> hatte ich festgestellt, dass der Gesamteinfluss der Lohnentwicklung auf die Beschäftigungsentwicklung in der Zeit von **1992 bis 2002** nur **schwach negativ** war.<sup>2</sup> Die Lohnentwicklung wurde dabei gemessen an den Lohnstückkosten pro Umsatzeinheit<sup>3</sup>, die Beschäftigungsentwicklung am Arbeitsvolumen<sup>4</sup>. Die festgestellte Elastizität der Beschäftigung in Bezug auf die Lohnstückkosten lag bei **minus 0,17**. Quantitativ besagte dieser Befund: 7%-Punkte Senkung der Lohnstückkosten würden die Beschäftigtenzahl um 1% erhöhen.

Rein rechnerisch würde dies bedeuten: Würde man die Lohnstückkosten z.B. um 20% senken (Rückgang auf das Reallohniveau von 1987), dann verzichteten die 35 Mio. beschäftigten Arbeitnehmer auf Dauer zusammen auf **200 Mrd. Euro** ihres jährlichen Einkommens, damit **eine Million** Arbeitslose eine Beschäftigung finden könnten und dadurch 25 Mrd. Euro pro Jahr verdienen. Zum Vergleich: Zögen die Arbeitnehmer es vor, eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze in **öffentlicher Beschäftigung** zu finanzieren, dann wäre dafür nur eine Steuererhöhung von jährlich etwa **35 Mrd. Euro** erforderlich<sup>5</sup>. – Dieser Befund ließ Lohnzurückhaltung als ungeeignetes Mittel zur Beschäftigungsvermehrung erscheinen.

Dieser Befund widersprach den herrschenden Vorstellungen, wonach Lohnzurückhaltung spürbare Beschäftigungsgewinne zur Folge hätten. Das ehemalige Mitglied des Sachverständigenrates Prof. Horst Siebert unterstellte 1994 sogar einen **1-zu-minus-1-Zusammenhang**<sup>6</sup>. Das würde bedeuten, dass die Unternehmungen jeden bei den Löhnen eingesparten Euro für zusätzliche Beschäftigung ausgeben würden – eine ebenso naive wie unglaubwürdige Annahme<sup>7</sup>. Das Standardlehrbuch „Arbeitsmarktökonomik“ von Prof. Wolfgang Franz, Mitglied des Sachverständigenrates, erwartet ein Verhältnis von **1 zu minus 0,6**, d.h. 1 % Lohnzurückhaltung würde die Gesamtbeschäftigung um 0,6% erhöhen<sup>8</sup>. Franz zitiert dort drei empirische Untersuchungen, von denen sich aber zwei nur auf den

---

<sup>1</sup> von der Vring, Thomas: Welche Politik schafft Arbeitsplätze? Eine empirische Überprüfung theoretischer Behauptungen, Marburg 2007.

<sup>2</sup> Ebenda S. 83ff und S. 187 Tab. 18.

<sup>3</sup> "Quotient aus dem Index des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmerstunde und dem Index des nominalen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigenstunde" - ermittelt aus saisonbereinigten Grundreihen durch die Bundesbank.

<sup>4</sup> Summe der geleisteten Arbeitsstunden aller Arbeitnehmer.

<sup>5</sup> von der Vring, a.a.O. S. 41f.

<sup>6</sup> „Liegt der Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigtem in einem Jahr **um einen Prozentpunkt niedriger** als der des Volkseinkommens in laufenden Preisen, also des Bruttoinlandsprodukts, so nimmt die Zahl der Erwerbstätigen innerhalb von drei Jahren **um etwa ein Prozent zu**. Dies sind für Westdeutschland **rund 300.000 Arbeitsplätze pro Prozentpunkt Lohnzurückhaltung**.“ – In Siebert, Horst: Geht den Deutschen die Arbeit aus? - Wege zu mehr Beschäftigung, C. Bertelsmann, München 1994, S. 99.

<sup>7</sup> Zur Kritik: Thomas von der Vring: Lohnzurückhaltung als Mittel der Beschäftigungsvermehrung – Kritische Anmerkungen zu einer empirischen Beweisführung *Harmen Lehments*, in WSI-Mitteilungen 12/1997, S.832-836.

<sup>8</sup> Wolfgang Franz: Arbeitsmarktökonomik, 6. Aufl. Berlin, Heidelberg, New York 2006, S. 168ff.

Zusammenhang von Lohn und Beschäftigung in der Industrie beziehen. Eine Untersuchung für die deutsche **Gesamtwirtschaft** kommt auf einen Zusammenhang von **1 zu minus 0,37**. Allerdings galt diese Zahl in Deutschland **für den Durchschnitt der Jahre 1972 bis 1994**<sup>9</sup>.

Dies deutet darauf hin, dass sich der untersuchte Zusammenhang im Zeitablauf wesentlich verändern kann. Unser Befund galt für den Durchschnitt der Jahre 1992 bis 2002. Seitdem könnte sich der geprüfte Zusammenhang erneut verändert haben. Deshalb liegt es nahe, unsere Untersuchung zu aktualisieren.

Die empirische Feststellung des Zusammenhangs von Lohnentwicklung und Beschäftigungsentwicklung stützt sich auf Regressionstests mit Zeitreihen. Der Befund drückt deshalb den **durchschnittlichen** Zusammenhang über die gesamte Stützperiode aus. Um zu stabilen Ergebnissen zu kommen, muss der Stützbereich einer Regression möglichst lang sein. Eine Reihengänge von 30 Daten wäre wünschenswert. Der oben genannte Test für die Jahre 1972-94 verwendete Jahreszahlen und stütze sich demgemäß auf eine Reihengänge von maximal 23 Daten. Bis Anfang der 90er Jahre lieferte die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nur Jahresdaten, weshalb stabile Schätzungen von Zusammenhängen sich über mehr als 20 Jahre erstrecken mussten. Ab 1992 stehen jedoch in großem Umfang Quartalsdaten der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zur Verfügung. Das erlaubt belastbare Untersuchungen schon über einen Stützbereich von 8 Jahren.

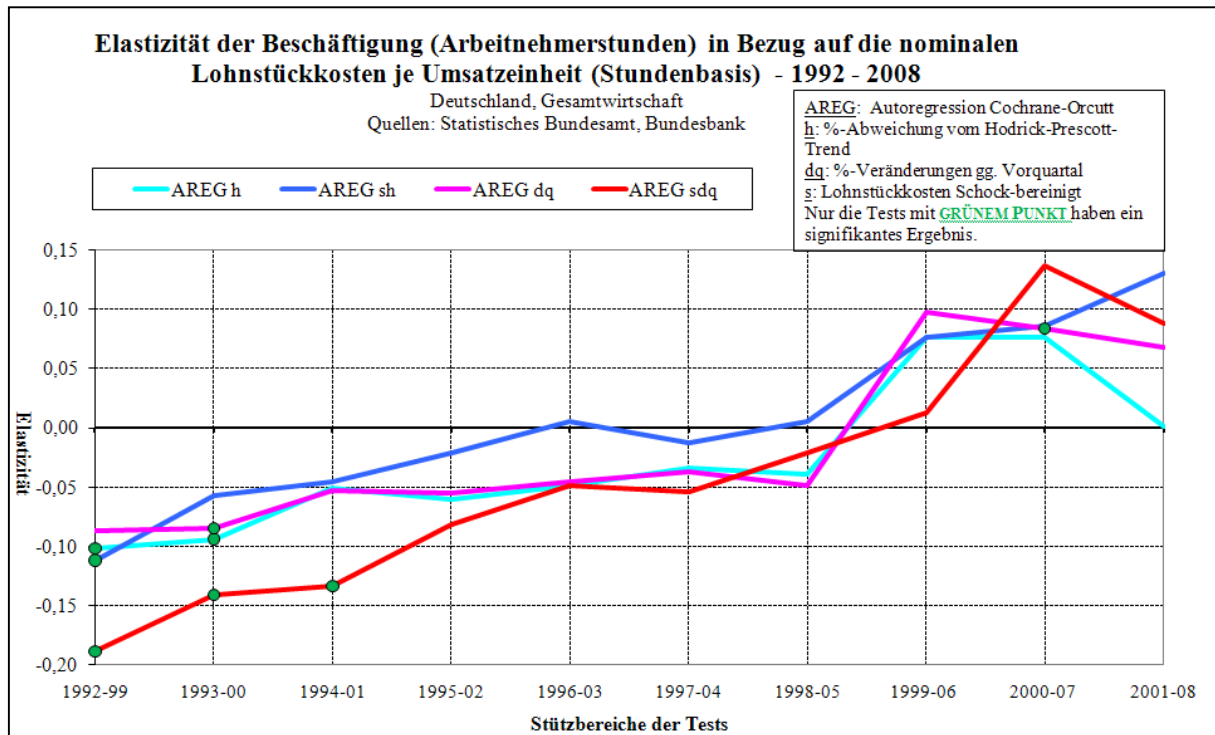
Im Anschluss an meine 2007 als Buch veröffentlichte Untersuchung habe ich jetzt erneute Tests durchgeführt, und zwar mit einem gleitenden Stützbereich. Die Beschränkung auf einen 8-jährigen Stützbereich erlaubt in der Periode 1992 bis 2008 zehn aufeinander folgende und jeweils um ein Jahr verschobene Tests – „gleitende Regression“. Deren Ergebnisse stellen den zu prüfenden Zusammenhang als historische Entwicklung dar.

Die Befunde werden in der folgenden Grafik zusammengefasst. Es wurden für zehn Testperioden jeweils vier alternative Testmethoden angewandt. Das Ergebnis ist eine Serie von Elastizitätsziffern, die sich im Zeitablauf als vier ähnliche Trends darstellen.<sup>10</sup> Die Grafik deutet darauf hin, dass der negative Einfluss der der Löhne auf die Beschäftigung in den letzten Jahren **gegen Null** gegangen ist. In sämtlichen Tests handelt es sich um einen geringfügigen Einfluss. Nur die Befunde mit höherem Betrag<sup>11</sup> sind statistisch signifikant (grüne Punkte). Im strengen Sinn sagen die übrigen Befunde nur: ein nennenswerter Einfluss der Lohnentwicklung auf die Beschäftigungsentwicklung ist nicht vorhanden. Denn wenn er existierte, dann wäre er auch feststellbar! Gleichwohl enthalten die vier Trendverläufe eine weitere Information: In den letzten Jahren ist der herkömmliche negative Einfluss der Löhne bzw. der positive Einfluss der Lohnzurückhaltung auf die Beschäftigung in der deutschen Gesamtwirtschaft verschwunden.

<sup>9</sup> Für die westdeutsche **Gesamtwirtschaft** der Jahre **1972-94** stellte Hans Eggert Reimers: Labour Demand in Germany and Seasonal Cointegration, in Allg. Statistisches Archiv 85, 2001, S. 283-299, eine Elastizität der **Beschäftigung** in Bezug auf den **Reallohn** von **-0,37** fest.

<sup>10</sup> Um den Einfluss der Lohnentwicklung auf die Beschäftigung zu bestimmen werden frühere Lohn-Werte mit nachfolgenden Beschäftigungs-Werten verglichen. Es wurde ein optimaler Timelag von 5 Quartalen festgestellt. Das erlaubte in einer 8-Jahres-Periode einen Test mit 27 Gliedern. Alle Regressionstests wurden, um Autokorrelationseinflüsse zu eliminieren, mit der Autoregressionsprozedur Cochrane-Orcutt aus dem Statistikpaket SPSS durchgeführt. Jeder Test der neun Tests wurden in 4 Varianten durchgeführt: Daten als Trendabweichung (h: Hodrick-Prescott-Trend) oder Vorquartalsveränderung (d:  $q/vq-1$ ) sowie ohne oder mit Bereinigung des Zusammenhanges von störenden Konjunktoreinflüssen (s: um endogene Einflüsse bereinigte unabhängige Bestimmungsvariable).

<sup>11</sup> Elastizität etwa  $\geq 0,1$ .



Wie ist dieser Befund zu verstehen? – In der öffentlichen Debatte wird vielfach übersehen, dass von der Lohnentwicklung zwei entgegen gerichtete Einflüsse auf die Beschäftigungsentwicklung ausgehen. Einerseits beeinflusst die Lohnentwicklung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft: Je zurückhaltender die Lohnentwicklung in Deutschland, desto stärker der deutsche Export insb. in die Länder der EWU oder in Länder, deren Währungen an den Euro gebunden sind. Andererseits tragen die Löhne als Arbeitnehmereinkommen deren Kaufkraft: Je zurückhaltender die Lohnentwicklung in Deutschland, desto schwächer entwickelt sich die deutsche Binnenwirtschaft. Der gesamte Beschäftigungseffekt der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung ist in sofern der **Saldo** zweier einander entgegen gerichteter Effekte.

Wenn dieser Saldo gegenwärtig insgesamt gegen Null geht, dann bieten sich dafür vor allem zwei Erklärungen an:

- Wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie ist das Lohngefälle zwischen Deutschland und potentiell konkurrierenden ausländischen Standorten. Dieses Gefälle beträgt vielfach 1 zu 2 bis 1 zu 5. Eine Lohnsenkung in Deutschland selbst um 20% würde diesen Standortvorteil von Niedriglohnländern nicht ausgleichen, während ihre Auswirkung auf die Binnenwirtschaft verheerend wäre. Die Lohnzurückhaltung der letzten Jahre vermag das Abwandern deutscher Industrieproduktionen ins Ausland nicht zu bremsen.
- Gerade im europäischen Binnenmarkt prägt der Standortwettbewerb die nationalen Lohnpolitiken. Deutsche Lohnzurückhaltung wird in anderen Ländern mit Lohnzurückhaltung beantwortet. **Seit 2000** prägt Lohnzurückhaltung die deutsche Lohnentwicklung. Gemessen an den realen Lohnstückkosten summierte sich die Lohnzurückhaltung von 2000 bis 2006 in der deutschen Gesamtwirtschaft auf **7,5%**, in der deutschen Industrie sogar auf **10,3%**. **Seit 2003** sinken dem gegenüber die industriellen Lohnstückkosten pro Umsatzeinheit in einigen traditionellen Konkurrenzländern Deutschlands im EU-Binnenmarkt auffällig, 2003-2006 um **6 bis 12%**. – Wenn die Lohnkosten in allen Konkurrenzländern sinken, neutralisiert sich der positive Wettbewerbseffekt, während der negative Kaufkrafteffekt sich im

europäischen Binnenmarkt ausbreitet. Man kann hier von europaweitem Lohndumping sprechen.<sup>12</sup>

Beide Aspekte erklären nicht nur den Misserfolg der Lohnzurückhaltung der letzten Jahre. Sie sind darüber hinaus für die deutsche Wirtschaft äußerst problematisch und fordern politische Konsequenzen:

- Den internationalen Kostenwettbewerb kann Deutschland nicht mit niedrigen Löhnen gewinnen, ohne zugleich die Binnenwirtschaft nachhaltig zu schädigen. Eine langfristig ausgerichtete Industriepolitik muss die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auf hohe Qualifikation der Arbeit und auf technologische Innovation gründen.
- Um eine für alle schädliche Lohndumping-Spirale zu unterbinden bedarf es im Rahmen der EU abgestimmter Orientierungen für die nationalen Lohnpolitiken.

---

<sup>12</sup> Vgl. von der Vring, Thomas: Droht eine europäische Lohnsenkungsspirale? Internationale Politikanalyse Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Juli 2008.